

Abzug aus dem Gaza-Streifen

Chance für eine neue Dynamik in Nahost?

Muriel Asseburg

Im Dezember 2003 hat Israels Premierminister Ariel Sharon erstmals seine Absicht einer einseitigen Abkoppelung (»unilateral disengagement«) von den Palästinensern bekundet. Mittlerweile hat er konkretisiert, daß dies neben dem Bau der Sperranlagen in der West Bank auch den Abzug aus Gebieten bedeuten soll, in denen nach einem endgültigen Abkommen mit den Palästinensern ohnehin keine Israelis mehr leben werden: aus dem Gaza-Streifen und einigen isolierten Siedlungen in der nördlichen West Bank. George W. Bush hat Mitte April 2004 die geplanten Maßnahmen als historisch und mutig gelobt und amerikanische Unterstützung zugesagt. Tatsächlich besteht die Hoffnung, daß der vorgesehene Abzug neue Dynamik in die festgefahrene Situation in Nahost bringen könnte. Diese Dynamik ist dem Plan allerdings nicht inhärent. Sie wird sich nur entfalten, wenn die internationale Gemeinschaft bereit ist, sich massiv zu engagieren.

Nach dem Plan, den Sharon seinem Brief an den amerikanischen Präsidenten vom 14. April 2004 beigefügt hat, will Israel

- ▶ den Bau der Sperranlagen in der West Bank fortsetzen,
- ▶ voraussichtlich bis Ende 2005 sämtliche Siedlungen und Militäranlagen im Gaza-Streifen sowie
- ▶ vier Siedlungen (Ganim, Kadim, Sa-Nur, Homesh) und Militäranlagen in der nördlichen West Bank räumen.

Bestehende israelisch-palästinensische Abkommen sollen grundsätzlich weiter gelten, Strom und Wasser nach wie vor von Israel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig behält sich Israel die Kontrolle über alle Landgrenzen, den Luftraum und

die maritimen Grenzen sowie das Recht auf präventive Maßnahmen und militärische Vergeltung in den geräumten Gebieten vor. Zudem will es zunächst die Kontrolle über die Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten (»Philadelphia-Route«) behalten und den Grenzstreifen verbreitern, wenn es dies als notwendig erachtet. Die Wiedereröffnung von Hafen und Flughafen wird vorläufig ausgeschlossen. Der Gaza-Streifen soll demilitarisiert sein; eine ausländische Präsenz soll es nur mit israelischer Zustimmung geben. Israel sieht mit dem Abzug die Besetzung des Gaza-Streifens als beendet an und schließt jegliche weitere Verantwortung für die dortige Bevölkerung aus.

Quasi im Gegenzug heißt es in dem Plan, daß Israel bestimmte Gebiete in der West Bank auch bei einem endgültigen Abkommen nicht zu räumen gedenkt: die großen Siedlungsblöcke, Sicherheitszonen sowie weitere Gebiete, in denen Israel besondere Interessen hat. Sharon betont, daß Israel sich gezwungen sehe, einseitige Maßnahmen zu ergreifen, da es auf palästinensischer Seite keinen Partner gebe, mit dem es die *road map* zu einer Friedenslösung umsetzen könnte. Er selbst hält – ebenso wie der US-Präsident – die vorgesehenen Maßnahmen für vereinbar mit der *road map*.

Noch ist nicht sicher, ob der Abkopplungsplan von israelischer Seite in die Tat umgesetzt wird. Zunächst sollen am 2. Mai 2004 die Mitglieder des Likud über ihn abstimmen. Der Ausgang ist ungewiß. Allerdings hat der israelische Premier bereits erklärt, daß er die Entscheidung der Partei als nicht bindend erachtet. Insofern ist nicht anzunehmen, daß die Pläne im Falle eines negativen Votums des Likud endgültig in der Schublade verschwinden. Denn in erster Linie braucht Sharon die Zustimmung des Kabinetts und der Knesset, um den Plan umzusetzen. Es ist durchaus möglich, daß die Regierungskoalition über die Frage der Räumung von Siedlungen auseinanderbricht. Aber selbst dann wird der Premier den Plan mit der bereits zugesagten Unterstützung von Labor durch die Knesset bringen können. Dabei kann er sich auch auf eine komfortable Mehrheit in der Bevölkerung stützen – Umfragen gehen von mindestens 60% aus.

Ein Schritt zum Frieden in Nahost?

Die Frage, ob der Sharonsche Plan einen Schritt in Richtung Konfliktlösung und Frieden darstellt, muß zunächst negativ beantwortet werden. Denn die unilateralen Maßnahmen, begleitet von Bekundungen Sharons, daß der Plan die palästinensischen Träume von Staatlichkeit langfristig beerdigen werde, dienen nicht der Vertrauensbildung und widersprechen dem Ansatz der *road map*, der parallele und simultane Maß-

nahmen beider Parteien vorsieht. Der Plan zielt zudem nicht auf Konfliktregelung ab: Einen verhandelten, beidseitig akzeptablen Frieden strebt er mittelfristig genauso wenig an wie die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Auch eine Koordination mit den Palästinensern ist nicht vorgesehen. Der Plan leitet nicht einmal das Ende der Besatzungsherrschaft über die geräumten Gebiete ein. Denn Israel zieht lediglich die Siedlerbevölkerung und das Militär aus diesen Gebieten ab, behält sich dort aber alle wesentlichen Kompetenzen vor.

Insbesondere schafft der Abzug aus den Siedlungen der nördlichen West Bank zwar lokal eine gewisse territoriale Kontinuität. Der gleichzeitige (wenn auch als vorläufig deklarierte) Ausbau der Sperranlagen, die teilweise kilometerweit in die West Bank hineinreichen, zerstückelt aber die palästinensischen Gebiete neu und trennt de facto große Teile der landwirtschaftlichen Flächen und der Wasserressourcen ab. Zudem wird Ost-Jerusalem als wichtiges soziales, kulturell-religiöses, ökonomisches und Dienstleistungszentrum sowie als Verkehrsknotenpunkt zwischen südlicher und nördlicher West Bank durch die Sperranlagen vollständig von seinem Umland isoliert.

Zunächst dürfte das Hauptproblem des Sharon-Planes allerdings darin liegen, daß sich die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen durch den israelischen Abzug kaum verbessert. Natürlich wird es eine Erleichterung sein, wenn sie nicht mehr ständig von internen Absperrungen betroffen ist und sich wenigstens innerhalb des 365 qkm großen Gebietes – etwa die Fläche Bremens – frei bewegen kann. Wesentlich wichtiger aber ist für die rund 1,4 Millionen Einwohner des Streifens eine Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Situation. Heute beträgt die Arbeitslosigkeit 30–50%, rund drei Viertel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, ein großer Teil ist von internationalen Hilfslieferungen abhängig. Die Einwohner Gazas sind sowohl auf Arbeitsplätze in Israel als auch auf Waren-

austausch mit dem Ausland angewiesen. Dazu braucht Gaza, insbesondere für den Export verderblicher landwirtschaftlicher Güter, einen offenen Zugang zu internationalen Märkten, und das heißt offene Grenzen zu den Nachbarstaaten und – zumindest solange es keinen Frieden gibt – einen eigenen Hafen und Flughafen.

Dennoch: Die Räumung von Siedlungen, insbesondere in der West Bank – und seien sie im einzelnen auch demographisch und strategisch unbedeutend –, ist grundsätzlich richtig und ein vor allem mittel- bis langfristig wichtiger Schritt. Denn er birgt die Chance, der israelischen Bevölkerung zu zeigen, daß die Auflösung von Siedlungen auch in »Samaria und Judäa« tatsächlich möglich ist – ohne daß es dabei zu einem innerisraelischen Bürgerkrieg kommt. Dies wird es jeder Nachfolgeregierung leichter machen, Siedlungen auch in größerem Umfang zu räumen und letztlich ein Ende der Besatzung herbeizuführen.

Ein Bürgerkrieg im Gaza-Streifen?

Die Gefahr gewalttätiger Machtkämpfe in Folge eines israelischen Abzuges ist den palästinensischen Akteuren bewußt. Schließlich haben die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Israel die Palästinensische Autorität (PA) geschwächt und den islamistischen Gruppierungen Hamas und Islamischer Djihaad deutlichen Zulauf beschert. Daher hat die PA einen nationalen Dialog eingeleitet, der darauf abzielt, bürgerkriegsähnliche Zustände oder eine Machtübernahme der Hamas zu verhindern. In den Gesprächen versuchen Vertreter der PA und der Fatah, die Gruppierungen der Opposition auf einen Waffenstillstand zu verpflichten und sie in die Regierungsverantwortung einzubinden. Das heißt möglicherweise auch, sie in den Sicherheitsapparat zu integrieren. Im gleichen Zusammenhang wird derzeit über die baldige Abhaltung von Lokalwahlen nachgedacht.

Israels Politik der Liquidierung von Mitgliedern der Führungsriege der Hamas

konterkariert diese Bemühungen. Sie führt nicht nur zu einer weiteren Radikalisierung der Bevölkerung und zu einem Ansteigen der Unterstützung für Hamas und Islamischen Djihaad – wie die letzten Umfragen zeigen. Sie stärkt auch die Auslandsleitung der Hamas gegenüber der des Inlands und damit diejenigen, die deutlich weniger Interesse an Einbindung in ein palästinensisches Regierungssystem und an einer Koexistenz mit Israel haben. Vor allem aber führt sie zu einem Verlust der Kontrolle über die einzelnen Zellen und Aktivisten; sie bewirkt eine Fragmentierung der Bewegung. Damit aber wird in Zukunft jeder Waffenstillstand noch schwieriger durchzusetzen sein.

Herausforderungen für europäische Politik

Trotz des berechtigten Ärgers der europäischen und arabischen Regierungen über die israelisch-amerikanischen Absprachen, die nicht im Quartett koordiniert wurden, etwaige Verhandlungsergebnisse zum Ausgangspunkt erklären und die Palästinenser vollständig außen vor lassen, sollten die Europäer die von Sharon angestrebte Räumung von Siedlungen unterstützen und die Chance nutzen, um eine neue Dynamik in den festgefahrenen *road map*-Prozeß zu bringen. In erster Linie wird die EU daher auf die Politik der USA einwirken müssen, die von George W. Bush für den Sharon-Plan zugesagte Unterstützung nun auch verantwortungsvoll wahrzunehmen. Das bedeutet zunächst, darauf zu drängen, daß die Vorbereitungen für den Abzug umgehend eingeleitet und dieser schnellstmöglich abgeschlossen wird. Denn der im Sharon-Plan vorgesehene Termin Ende 2005 bedeutet eine Frist von eineinhalb Jahren, in denen sowohl die militanten Gruppierungen als auch die israelische Regierung permanent durch eine Eskalation der Gewalt zu beweisen versuchen werden, daß der Abzug als ihr Sieg zu feiern ist.

Konkret wird es dann darum gehen, die Modalitäten des Abzugs und die Übergabe

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

von Sicherheitsverantwortung und von Siedlungsinfrastruktur (Immobilien, landwirtschaftliche Anlagen) an die PA zu klären. Dazu müssen Israel und die PA einen Plan ausarbeiten, der die Termine für Abzug und Übergabe festlegt und deutlich macht, welche Kapazitäten die PA für die Übernahme zur Verfügung stellen und was die internationale Gemeinschaft an Hilfestellungen leisten kann. Die Koordination mit der PA ist dabei unumgänglich, um eine unkontrollierte Übernahme durch selbsternannte Sieger und Chaos zu verhindern. Das Quartett sollte die Ausarbeitung dieses Arbeitsplanes koordinieren und seine Umsetzung überwachen.

Die internationale Gemeinschaft kann dazu beitragen, daß der Abzug zu einem erfolgreichen Unternehmen für die ansässige Bevölkerung wird, indem sie den Wiederaufbau in den geräumten Gebieten großzügig unterstützt und durch massive Investitionen einen ökonomischen Aufwärtstrend in Gang setzt. Dies allerdings kann nur gelingen, wenn der Gaza-Streifen nicht länger ökonomisch weitgehend abgeschnitten ist. Hier gilt es, die israelische Regierung in die Verantwortung zu nehmen, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen: die Zahl der Arbeitsgenehmigungen in Israel muß massiv erhöht, der Zugang zu den internationalen Märkten sowohl über Land als auch durch den Wiederaufbau von Hafen und Flughafen ermöglicht werden.

Die Einbindung der moderaten islamistischen Kräfte in den politischen Prozeß und in politische Verantwortung sind essentiell, um der PA die Legitimität zu geben, im Gaza-Streifen für Recht und Ordnung zu sorgen und Angriffe auf Israel – weitestgehend – zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft sollte in diesem Sinne die Abhaltung baldiger Wahlen, insbesondere Lokalwahlen, unterstützen.

Gleichzeitig ist für die Aufrechterhaltung der Sicherheit eine internationale Unterstützung der palästinensischen Sicherheitsorgane erforderlich. Dabei geht es neben dem derzeit schon geleisteten Training der Sicherheitskräfte auch um die

Frage einer internationalen Präsenz. Israel hat deutlich gemacht, daß eine solche, so sie unter amerikanischer Führung steht, nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist. Es wird zu den Aufgaben einer militärischen Präsenz gehören, gemeinsam mit der PA die Bevölkerung zu entwaffnen und gegen Gruppierungen vorzugehen, die weiterhin Angriffe auf Israel planen. Nur wenn dies gelingt, wird Israel keine präemptiven oder reaktiven Militärschläge mehr durchführen, wird die Gewaltspirale sich durchbrechen lassen. Von palästinensischer Seite würde eine solche Präsenz begrüßt – wenn sie als Schritt auf dem Weg zum absehbaren Ende der Besatzung und nicht als Instrument zu deren Verfestigung wahrgenommen wird. Dies kann mit Aussicht auf einen langfristigen Interimzustand nicht der Fall sein.

Die Europäer sollten daher die Chance nutzen und im Quartett an die Zusagen des amerikanischen Präsidenten anknüpfen – mit denen die Fragen des endgültigen Status auf die Tagesordnung gesetzt wurden –, um die dritte Phase der *road map* auszubuchstabieren und dem Prozeß ein eindeutiges Ziel zu geben. Sie sollten darauf drängen, daß die Prinzipien einer Konfliktregelung festgeschrieben werden: Zweistaatlichkeit auf der Basis der Waffenstillstandslinien von 1948 mit der Möglichkeit eines gleichwertigen Landtauses, um weitestgehend Sicherheit und ein zusammenhängendes Territorium für beide Staaten zu gewährleisten und den demographischen Veränderungen Rechnung zu tragen; eine Lösung für Jerusalem, die auf der Clinton-Formel beruht; Anerkennung der israelischen Mitverantwortung für die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems und das Recht auf Rückkehr der beiden Völker in den jeweiligen Staat. Die Regelung der Details bleibt den Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien überlassen.